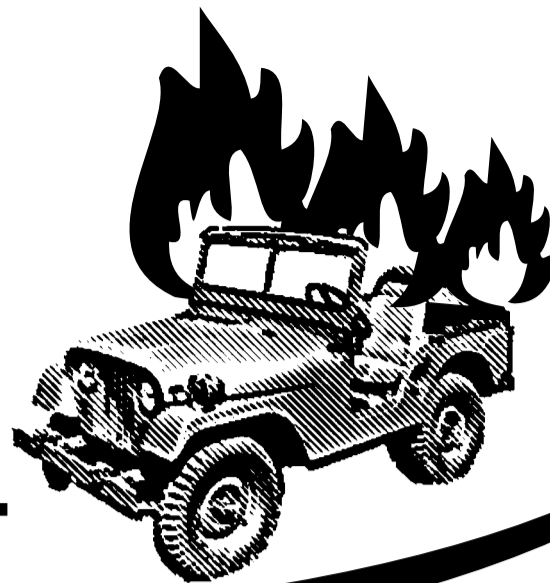


DASENDE EINER DIENSTFAHRT



INHALT SEITE 2: INTERVIEW MIT ANWALT SCHRAGE · VIER VERFAHREN IN SACHEN MG / SEITE 3: TERRORPARAGRAPHEN ABSCHAFFEN / SEITE 4: REPRESSION AUF PSYCHISCHER EBENE / SEITE 5: BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN / SEITE 6: SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN / SEITE 7: HIER SPRICHT DIE DIKTATUR DES ROTEN ANTIQUARIATS / SEITE 8: INTERVIEW MIT DEM ANGEKLAGTEN AXEL

**ZEITUNG GEGEN KRIEG, MILITARISMUS,
DIE MG-VERFAHREN UND REPRESSION**



WAS IST DIE ZERSTÖRUNG...?

...VON KRIEGSGERÄT GEGEN DAS FÜHREN VON KRIEG!

»Ende einer Dienstfahrt...« erscheint anlässlich des Beginns der Hauptverhandlung gegen Axel H., Florian L. und Oliver R. am 25. September vor dem Kammergericht Berlin. In der gleichnamigen Erzählung aus dem Jahr 1966 schildert Heinrich Böll den Prozess und die Geschichte zweier Männer, Vater und Sohn Gruhl, die in der Nähe des rheinischen Städtchens Birglar verhaftet werden, nachdem sie einen Jeep der Bundeswehr mit Benzin übergossen und abgebrannt haben. Unter dem

Deckmantel der Kunst schildert Böll dabei eine aktive Abrüstungsinitiative zweier, wie sie vor Gericht zu Protokoll geben, »unpolitischer« Bürger, deren sonstige durchscheinende Lebensphilosophie aber durchaus als anarchistisch bezeichnet werden kann.

Die beiden Gruhls glauben weder an Staat und Justiz noch an die Institution Bundeswehr, die sie als Absurdität verstehen, deren einziger Sinn gerade die Sinnlosigkeit ist. Auf den Punkt gebracht wird diese Widersinnigkeit durch eine Dienstfahrt des jungen wehrdienstleistenden Gruhl, die einzig und alleine dazu dient, Kilometer zu »fressen«, um einen für eine Inspektion akzeptablen Kilometerstand zu erreichen. Böll verweist mit seiner Erzählung – zehn Jahre nach Gründung der Bundeswehr, inmitten des Vietnamkrieges und in einer Zeit, in der in Deutschland der Einsatz der Bundeswehr im Innern im Rahmen der Notstandsgesetze diskutiert wurde – auf die Sinnlosigkeit militärischer Einrichtungen und auf die

Grausamkeit und Ungerechtigkeit von Kriegseinsätzen.

In Bölls Werk endet die Verhandlung mit einem milden Urteil. Vater und Sohn werden zu einer geringen Haftstrafe und Schadensersatz verurteilt. Mögliche »heiße« Beweggründe ihrer Tat werden nur zu gerne von Justiz und Politik verschleiert. Presse und Öffentlichkeit werden über den Fall im Unklaren gelassen, damit das sogenannte Happening keine Nachahmungen findet.

Birglar ist nicht Brandenburg

In Brandenburg an der Havel auf dem Gelände der Firma MAN endet im Juli 2007 eine »Dienstfahrt« dreier Berliner auch mit einer spektakulären Verhaftung. Ihnen wird der Versuch vorgeworfen, Bundeswehrfahrzeuge mit der Absicht angezündet zu haben, sie zu zerstören. Im Unterschied zu Bölls Figuren werden sie nicht wegen eines »Happenings« angeklagt, sondern weil diese »Tat« im Kontext einer angeblichen »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung«

nach § 129, der »militanten Gruppe« (mg), stehen soll.

Ähnlich wie in Bölls Erzählung soll das »aktive Abrüsten« keine Schule machen; nur ist die gewählte Strategie diesmal eine völlig andere: Statt die »Abrüstungsinitiative« klein zu reden, wurde und wird der Versuch unternommen, die den drei Beschuldigten vorgeworfene antimilitaristische Aktion im Rahmen einer groß angelegten Repressions- und Ermittlungsaktion zu kriminalisieren.

Seit 2001 ist dies das vierte Ermittlungsverfahren gegen insgesamt zwölf Personen, denen die Mitgliedschaft in der mg vorgeworfen wurde bzw. noch wird. Abgelenkt wird dabei von der Tatsache, dass Deutschland sich im Kriegszustand befindet und in Bälde die deutschen Truppen in Afghanistan aufgestockt werden. Darüber hinaus ist die Bundeswehr in vielen weiteren Ländern bzw. Regionen der Welt im Rahmen von UN-Einsätzen, EU-Missionen oder NATO-Einsätzen tätig: im Libanon, am Horn von Afrika/Dschibuti, im Kosovo,

Bosnien-Herzegowina, in Äthiopien/Eritrea, im Sudan und in Georgien.

Das Einstellungsbündnis will mit »Ende einer Dienstfahrt« eine breite Öffentlichkeit über den Stand des Verfahrens gegen die vermeintlichen Mitglieder der »militanten Gruppe« informieren. Wir fordern aktive Solidarität mit Axel H., Florian L. und Oliver R. Wir fragen, was ist die Zerstörung von Kriegsmaterial im Vergleich dazu, es herzustellen oder einzusetzen und damit verheerende Schäden anzurichten? Wir als Einstellungsbündnis werden uns auch in Zukunft nicht von Aktionen gegen Militarismus und Krieg distanzieren und begrüßen jegliche Art von Protest und Widerstand.

In dieser Ausgabe finden sich Artikel zu Themen wie Antimilitarismus/aktiver Abrüstung, zur aktuellen Situation in Afghanistan und der Rolle der Bundeswehr im In- und Ausland, aber auch zu Themen wie Repressionsstrategien der Ermittlungsorgane und deren Folgen.

EINSTELLUNG!

DETTICKER

27.10.1994 · Bad Freienwalde
Das Gebäude des Verteidigungskommandos 852 der Bundeswehr wird durch ein Brandsatz der Gruppe »Das K.O.M.I.T.E.E.« beschädigt.

24.7.1995 · Bremerhaven
Die Rote Zora verübt einen Anschlag auf die Lürssen-Werft, einen »Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt«

Januar 1996 · Berlin
»Flammende Herzen« sabotieren die Bahnstrecke Berlin-Magdeburg durch die Manipulation der Sicherheitstechnik, um Rekrutenzüge der Bundeswehr zu behindern.

13.5.1999 · Bielefeld
Auf dem Sonderparteitag der Bündnisgrünen, die dort für den Krieg in Jugoslawien stimmen, fliegt ein roter Farbbeutel auf das rechte Ohr des damaligen Außenminister Joseph Fischer.

**Februar 2002
Glinde bei Hamburg**
Brandanschlag auf einen Bundeswehrlabus

17.2.2003 · Antwerpen · Belgien
AntimilitaristInnen halten drei Stunden lang einen Güterzug mit Kriegsmaterial der US-Armee auf.

26.2.2003 · Petershagen
Zerstörung von mehreren Bundeswehrlabus durch Brandsätze der »militanten gruppe«.

Ende Februar 2003 · Italien
Tausende KriegsgegnerInnen blockieren Militärlinien der US-Streitkräfte, die SoldatInnen, Waffen und Panzer zum Einschiffen nach Livorno bringen sollen. Aktionen und Blockaden gibt es in der Folge in Bologna, Brescia, Florenz, Padua, Pisa, Verona und Vincenzo. Züge werden gezwungen, umzukehren und eine andere Route zu wählen, wo sie wieder auf Blockaden stoßen. In Fornovo bei Parma solidarisieren sich große Teile der Bevölkerung. Der Bürgermeister eines Nachbarortes setzt sich mit Amtsschärpe auf die Gleise. Es wird Feuer auf den Gleisen gelegt und Grappa getrunken. In Pisa drängen Demonstrierende bis auf das Gelände des Flughafens vor und versuchen, mit regenbogenfarbenen Friedensfahnen Panzer und Militärlastwagen aufzuhalten. In Migliarino verweigert der Zugführer eines Passagierzuges die Weiterfahrt, um mit seinem Zug die Gleise für Militärtransporte zu blockieren. Auf Sardinien kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als etwa tausend DemonstrantInnen den NATO-Stützpunkt auf der Insel La Maddalena blockieren. Die Gewerkschaft CGIL unterstützt unterdessen geplante Boykottmaßnahmen von HafendarbeiterInnen durch einen offiziellen Streik. Die HafendarbeiterInnen weigern sich vehement, militärische Fracht zu verladen.

**11.3.2003
Leuchars · Schottland**
Die dänische Aktivistin Ulla Roder betritt eine RAF-Militärbasis in Leuchars und beschädigt mit einem Hammer ein Kampflugzeug, das für den Irakkrieg bereitsteht.

18.3.2003 · Fairford · UK
Phil P. und Toby O. betreten die RAF-Basis und versuchen, B52 Bomber zu entwaffnen. Sie werden verhaftet und später freigesprochen.

**18.3.2003
Kopenhagen · Dänemark**
Lars Grenaa und Rune E. Sorensen bewerten den dänischen Premierminister Andres Fogh Rasmussen und den Außenminister Per Stig Moller im Parlament vor laufenden Kameras mit roter Farbe, als sie die dänische Beteiligung am Irakkrieg verkünden wollen.

20.3.2003 · Wetzlar
Brandanschlag auf das Kreiswehersatzamt von der feministisch-antimilitaristischen Zelle, die sich damit gegen Militarismus und die patriarchale Ordnung richtet.

29.3.2003 · Frankfurt/Main
Kurz nach Beginn des Irakkriegs versuchen AktivistInnen die Zufahrtsstraße der Autobahn am Frankfurter Flughafen mit Autos zu blockieren. Die Aktion wird frühzeitig von ZivilpolizistInnen unterbunden

OB DIESE ANNAHME HALTBAR IST, WIRD ZU THEMATISIEREN SEIN

INTERVIEW MIT RECHTSANWALT STEPHAN SCHRAGE

Herr Rechtsanwalt Schrage, Sie vertreten einen der drei Antimilitaristen, denen ab dem 25. September in Berlin der Prozess gemacht wird. Was wird den Angeklagten konkret vorgeworfen?

Den Angeklagten wird vorgeworfen, als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, nämlich der »militanten gruppe (mg)« am 31. Juli 2007 in Brandenburg an der Havel versucht zu haben, drei Lkws der Bundeswehr in Brand zu setzen. D.h. es geht in dem vor dem Kammergericht Berlin stattfindenden Prozess um den Vorwurf der versuchten schweren Brandstiftung und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Strafgesetzbuch.

In den letzten Jahren ist vermehrt über Sinn und Zweck der §§ 129a/b StGB diskutiert worden. Warum sind diese Strafnormen in die Kritik geraten?

Gerade während des letzten Jahres haben wir in diversen Verfahren gegen linke und regierungskritische Gruppen aus verschiedensten Bereichen erleben müssen, dass die Staatsschutzparagrafen 129ff. der Türöffner für die Ermittlungsbehörden sind, um in uferloser Art und Weise Strafverfolgungsmaßnahmen durchzuführen. Hierzu gehört die gesamte Palette polizeilicher Ermittlungstätigkeit wie Hausdurchsuchungen, Handyüberwachung und -ortung, Mitlesen des E-Mail-Verkehrs, Einbau von Peilsendern in Fahrzeuge und dergleichen mehr. Der Unterschied zu herkömmlichen Strafverfahren besteht darin, dass es für die Ermittlungsbehörden in einem Verfahren nach §§ 129ff. wesentlich einfacher ist, die hierfür – noch – erforder-

lichen richterlichen Beschlüsse zu erwirken. Wir haben in den letzten Monaten erlebt, dass viele dieser Beschlüsse im Nachhinein von anderen Gerichten als rechtswidrig eingestuft worden sind. Der immer wieder erhobene Vorwurf, die §§ 129ff. und die damit einhergehenden Ermittlungsmöglichkeiten dienten lediglich dazu, einen politisch missliebigen und regierungskritischen Personenkreis zu überwachen und auszuforschen, ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Das Verfahren gegen die drei angeklagten Antimilitaristen wurde vom Ursprungsverfahren abgetrennt und separat zur Anklage gebracht. Wie ist dies aus ihrer Sicht zu bewerten?

Die Bundesanwaltschaft (BAW) hält das Verfahren gegen die drei »Brandenburger« offensichtlich für entscheidungsreif. Das Verfahren gegen die anderen vier Beschuldigten läuft hingegen augenscheinlich weiter. Meiner Kenntnis nach wurde es bislang nicht eingestellt. Ob eine Einstellung bevorsteht oder die BAW glaubt, durch weitere Ermittlungen hier noch einen Erfolg verzeichnen zu können, kann ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beurteilen.

Nach unseren Informationen sind die von der BAW vorgelegten Akten in diesem Verfahren unvollständig. Wie gehen Sie hiermit um?

Die Verteidigung hat in einer Stellungnahme an das Kammergericht darauf hingewiesen, dass nach Aktenlage weitere Akten bei der BAW geführt werden, die Gericht und Verteidigung vorenthalten werden. Wir gehen davon aus, dass die Akten von der BAW noch



nachgeliefert und komplettiert werden, damit dem Grundsatz eines fairen Verfahrens Rechnung getragen wird. Die Verteidigung meint, dass die BAW nicht nach Gutdünken entscheiden kann, welche Akten Gericht und Verteidigung vorgelegt werden, sondern sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten hat. Diese besagen, dass die Akten komplett vorzulegen sind. Wie in jedem anderen normalen Strafverfahren – wo dies eine Selbstverständlichkeit darstellt – erwartet die Verteidigung das auch in diesem Fall.

In einem Interview mit dem Berliner »Tagesspiegel« vom 11. August 2008 behauptet der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, der mg seien 39 Anschläge vorzuwerfen. Wie setzt sich diese Zahl zusammen?

Das liegt offenbar daran, dass Herr Ziercke den circa zwei Dutzend Anschlägen seit dem Jahre 2001, die der mg zur Last gelegt werden, noch weitere

Anschläge hinzugerechnet hat, von denen das BKA glaubt, dass hinter diesen ebenfalls die mg stecke. Begründet wird dies nach Aktenlage mit angeblich ähnlichen Brandsatzmodellen, teilweise auch mit linguistischen Vergleichsgutachten der veröffentlichten Bekennerschriften. Ob diese Annahme fundiert und haltbar ist, wird in dem anstehenden Prozess sicherlich zu thematisieren sein.

Welche Strategie verfolgt die Verteidigung in diesem Verfahren?

Der Prozess ist zunächst bis Anfang Januar 2009 terminiert worden. Ob dies zeitlich reichen wird, wird man sehen. Zur Verteidigungsstrategie werde ich jetzt naturgemäß keine Angaben machen. Dies hängt von vielen Faktoren ab, die jetzt noch nicht in ihrer Gesamtheit einschätzbar sind.

Herr Schrage, wir danken Ihnen für das Gespräch.

VIER VERFAHREN IN SACHEN MG



KLEINE CHRONIK DER ERMITTLUNGSVERFAHREN

Vier Verfahren mit dem Vorwurf »Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg)« sind bisher bekannt geworden. Sie richten sich gegen insgesamt zwölf Personen.

Das erste mg-Verfahren wegen »Gründung der militanten gruppe« wurde offiziell 2001 gegen drei Berliner Mitglieder der »Initiative Libertad!« eingeleitet; einer Gruppe, die sich für die Freiheit von politischen Gefangenen weltweit einsetzt. Überwacht wurden die drei AktivistInnen schon vor Aufnahme des Ermittlungsverfahrens. Der Verfassungsschutz (VS) hatte sie mindestens seit 1998 observiert.

Von der Bespitzelung erfahren hatte einer der Beschuldigten im Jahr 2002, als ihm von seiner Telefongesellschaft wesentlich die abgehörten Telefonate in Rechnung gestellt wurden. Als das Magazin »Focus« 2003, gespickt mit Geheimdienstinformationen, einen Artikel mit dem Titel »mg enttarnt« veröffentlichte und die Namen der drei Beschuldigten nannte, war klar, weswegen ermittelt wird. Akteneinsicht erhielten sie allerdings erst vier Jahre später.

Ab 2003 ist dann jahrelang nichts passiert, außer dass fleißig bespitzelt wurde. Die Überwachungen umfassten das gesamte Programm, das der § 129a hergibt: Festnetz, Mobiltelefon- und Internetüberwachung, stille SMS (um die Mobiltelefone zu orten), Peilsender und Wanzen in Autos, Observationen, Filmen der Hauseingänge und anderes mehr. Die Ermittlungsrichter verlängerten die Überwachungsmaßnahmen alle drei Monate, obwohl sich durch vorherige Maßnahmen keinerlei Anhaltspunkte für die Stichhaltigkeit der Beschuldigungen ergeben hatten.

Ermittlungen aufgrund von VS-Informationen

Die drei mg-Beschuldigten waren dann auch von den Durchsuchungen am 9. Mai 2007 – der Razzia vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm – betroffen. Die Durchsuchungen erbrachten keine Beweise, dass an den Beschuldigten etwas dran ist; eine Anklage wurde nicht erhoben.

Auffällig ist, dass offensichtlich das Bundesamt für Verfassungsschutz die

Verfahren bestimmt. Mehrere mg-Verfahren wurden eröffnet, nachdem der VS dem BKA Geheimdienstinformation übergab. Auch nach jahrelangen ergebnislosen Ermittlungen behauptete der VS, interne Erkenntnisse zu haben, dass die ersten drei Beschuldigten Gründer der »militanten gruppe« seien und das BKA nur weiter und gründlicher ermitteln müsse, um dies selbst nachzuweisen. Die aus den Akten hervorgehende Zusammenarbeit zwischen VS und BKA unter Umgehung der parlamentarischen Kontrolle ist ein Verstoß gegen das in der BRD verankerte Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei.

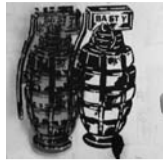
2003 wurden zwei weitere mg-Verfahren gegen jeweils eine Person eingeleitet. Zum einen gegen einen langjährigen AktivistInnen, zum anderen gegen einen Sohn eines Beschuldigten, der eine Hausarbeit über Karl Marx schreiben musste und darüber am Telefon gesprochen hat. Als dann in einer Erklärung der »militanten gruppe« auch ein Marx-Zitat auftauchte, kam

der Sohn ins Visier der FahnderInnen. Sein Verfahren ist bisher das einzige, das eingestellt wurde.

Im Jahr 2006 wurde ein viertes Aktenzeichen angelegt – es ist das aktuelle, aufgrund dessen es am 31. Juli 2007 zu den Verhaftungen von Axel, Florian, Oliver und Andrej kam. Dieses vierte mg-Verfahren lief zunächst gegen vier Personen, darunter Andrej, und wurde dann nach und nach auf insgesamt sieben Personen erweitert. Dazu zählen auch Axel, Florian und Oliver. Sie wurden dabei beobachtet, wie sie in Brandenburg an der Havel Brandsätze unter Bundeswehr-LKW gelegt haben sollen. Das Verfahren gegen Axel, Florian und Oliver wurde abgetrennt und Anklage erhoben.

Die mg-Verfahren stehen in einem Zusammenhang mit weiteren in den letzten Jahren eingeleiteten § 129a-Ermittlungsverfahren. Sie sind Teil einer Kriminalisierungswelle gegen die radikale Linke. Das Einstellungsbündnis fordert die Einstellung dieser Verfahren und die Abschaffung der Paragrafen.

TERRORPARAGRAFEN ABSCHAFFEN!



DIE PARAGRAFEN 129FF SIND FREMDKÖRPER IM DEUTSCHEN STRAFRECHT



Die Terrorparagrafen im deutschen Strafrecht haben eine lange Tradition, die bis in die Anfänge des Deutschen Kaiserreichs zurückreichen. Mit dem § 129 Strafgesetzbuch (StGB) »Bildung einer kriminellen Vereinigung« wurden bereits zu Zeiten des Bismarckschen Sozialistengesetzes 1878-1890 SozialdemokratInnen verfolgt, die sich angesichts des Verbots der Sozialdemokratischen Partei um einen Zusammenhalt der illegalen Organisation bemühten. Der gleiche Paragraf diente in der frühen Bundesrepublik Deutschland unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zur Rechtfertigung der Verfolgung von über 200.000 Menschen infolge des KPD-Verbots 1956.

1976 wurde unter dem Vorwand der Bedrohung durch die RAF die »kriminelle Vereinigung« um die »terroristische Vereinigung« erweitert. Der neue § 129a StGB gibt den ErmittlerInnen noch mehr Spielraum für willkürliches Vorgehen und dient seit seiner Einführung vornehmlich der Ausspitzung und Kriminalisierung linker Gruppierungen. Dafür wurde die Definition »Terrorismus« im Straftatendatenkatalog ständig erweitert. So wurde die Terrorkeule bald auch gegen HausbesetzerInnen, GegnerInnen der Frankfurter Startbahn West, Autonome und AntifaschistInnen geschwungen. Seit Ende der 1980er Jahre werden der § 129a und der § 129 zur Kriminalisierung der Arbeiterpartei Kurdistan PKK genutzt.

Politisches Kampfinstrument in Paragrafenform

Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA dienten 2002 als Vorwand zur Einführung des schon lange in der Schublade gelegenen § 129b »terroristische Vereinigung im Ausland«. Allein außenpolitische Interessen der Bundesregierung und die Einschätzungen ihrer Partnerländer definieren, wer als TerroristIn verfolgt und wer als FreiheitskämpferIn hofiert wird. Für eine Verfolgung nach § 129b muss die Bundesregierung ihre Zustimmung geben. Schon dies zeigt, dass es sich hier um ein politisches Kampfinstrument handelt. Richteten sich die ersten Verfahren tatsächlich vor allem gegen islamistische Gruppierungen wie die irakische Ansar al-Islam, so sind mittlerweile auch linke Bewegungen wie die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten ins Fadenkreuz der Bundesanwaltschaft geraten. Gegen fünf türkische Linke wird seit März 2008 in Stuttgart-Stammheim ein Prozess wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer ausländischen »terroristischen Vereinigung« innerhalb der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) geführt. In den Augen der VerteidigerInnen soll hier ein Präzedenzfall für die weitere Anwendung des § 129b StGB gegen linke und antiimperialistische Organisationen geschaffen werden.

Den §§ 129, 129a und 129b StGB ist gemeinsam, dass sie einen Fremdkörper im deutschen Strafrecht bilden, indem sie nicht auf individuell nachzuweisende Straftaten abzielen, sondern Einzelpersonen aufgrund ihrer Gesinnung in Kollektivhaftung für Organisationsdelikte nehmen. Es genügt die bloße Mitgliedschaft in der jeweiligen »kriminellen« oder »terroristi-

schen« Vereinigung. Damit verstößt dieses Sonderstrafrecht gegen die Grundsätze des Schuld- und Tatstrafrechts.

Der Willkür wird Tür und Tor geöffnet

In ihrer praktischen Anwendung zielen die §§ 129 ff. StGB weniger auf eine tatsächliche Verurteilung. In Tausenden Ermittlungsverfahren, die seit Einführung des § 129a StGB 1976 eingeleitet wurden, kam es in 80 bis 95% aller Fälle zu Verfahrenseinstellungen ohne Anklage, während normalerweise die Anklagequote bei knapp 50% liegt. Ziel dieser Paragrafen ist es vielmehr, den Ermittlungsbehörden umfassende Sondervollmachten zu geben. So können groß angelegte Razzien und Massenkontrollen auf öffentlichen Plätzen durchgeführt werden und mit der Schleppnetzverfahren massenhaft Daten gänzlich unbeteiligter BürgerInnen erfasst werden. Ermöglicht werden Maßnahmen wie die umfassende Überwachung der Telekommunikation, von Wohnungen und Briefen sowie verdeckte Observation. Im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren nach den §§ 129ff StGB stieg die Zahl abgehörter Telefone von 448 Personen im Jahr 2006 auf 845 im folgenden Jahr. Zudem ist beim § 129a StGB Untersuchungshaft möglich, wenn die üblichen Haftgründe wie Flucht oder Verdunkelungsgefahr nicht vorliegen. Dies war etwa der Fall bei den wegen Mitgliedschaft in der »militanten gruppe« (mg) Angeklagten, die über Arbeitsplätze, Wohnungen und Familie verfügten. Während der Untersuchungshaft kann der freie Verkehr mit dem/der VerteidigerIn eingeschränkt und die Isolierung des Gefangenen durch Verhängung einer Kontaktsperre ermöglicht werden.

Um in den Genuss dieser umfassenden Ausforschungsvollmachten zu kommen, werden von der Bundesanwaltschaft (BAW) immer wieder mit abenteuerlichen Begründungen »terroristische Vereinigungen« herbeihalluziniert. Im Falle der »militanten gruppe« wurde einem Beschuldigten vorgeworfen, in wissenschaftlichen Publikationen ähnliche Formulierungen zu verwenden, wie sie auch in Bekenntschreiben der mg vorkämen. Er sei »intellektuell in der Lage«, solche Bekenntschreiben zu veröffentlichen und ihm stünde eine Bibliothek zur Verfügung. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat hier später ebenso wie bei den Ermittlungen gegen die »militante Kampagne« zum G8-Gipfel die willkürliche Aufbauschung einfacher Straftaten zur »terroristischen Vereinigung« für unzulässig erklärt, da Brandstiftungen und Farberwürfe kein Terrorismus sind. Kritisch angemerkt werden kann an dieser Stelle, dass es bis heute keine allgemein verbindliche Definition von Terrorismus gibt.

Die Terrorkeule hatte als Kriminalisierungs- und Ausforschungsinstrument auch in den nachträglich vom BGH gerügten Fällen ihre Schuldigkeit getan. Niemand weiß, in welche dunklen Kanäle jetzt die nur durch rechtswidrige Anwendung des § 129a StGB zustande gekommenen Dossiers über linke AktivistInnen gelangt sind.

Selbst, wenn die §§ 129ff StGB »rechtsstaatlich« im Sinne des BGH an-

gewendet werden, dienen sie der Ausforschung vor allem linker Milieus, der Kriminalisierung und Einschüchterung sozialer Protestbewegungen. Von 62 Verfahren nach § 129 und § 129a StGB im Jahr 2007 richtete sich dagegen nur ein einziges, mittlerweile eingestelltes Verfahren gegen einen Rechtsextremisten.

Der Terrorismusverdacht führt zur Entsolidarisierung gemäßigter Teile einer Bewegung mit den Beschuldigten und entzieht diesen die Energie für laufende politische Arbeit. Dazu kommen die häufig gravierenden persönlichen Nachteile für die Verfolgten durch Untersuchungshaft, öffentliche Stigmatisierung als »Terroristen« und Beschlagnahmung wichtiger Arbeitsgegenstände wie Computer.

Weitere Verschärfungen geplant

Geht es nach Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), sollen die Terrorparagrafen noch in dieser Legislaturperiode ausgeweitet werden. Auch Einzeltäter sollen nach einem von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) ausgearbeiteten Gesetzentwurf mit demselben Sonderrechtssystem wie die bislang aus mindestens drei Personen bestehende »terroristische Vereinigungen« verfolgt werden. Schon der Besitz und die Verbreitung von Schriften, die objektiv zur Anleitung schwerer Gewalttaten geeignet sein könnten, sollen unter Strafe gestellt werden, ohne dass eine tatsächliche Absicht zu solchen Anschlägen vorliegen muss.

Uneinigkeit zwischen Zypries und PolitikerInnen von CDU/CSU herrscht noch darüber, ob schon der Aufenthalt in einem sogenannten Terrorcamp strafbar sein soll. Hier scheint auch die Justizministerin rechtsstaatliche Bedenken zu haben. Nur wenn nachweisbar sei, dass die Ausbildung in so einem Camp zur Vorbereitung eines Anschlags dient, soll

das Gesetz zur Anwendung kommen. UnionspolitikerInnen haben derartige Skrupel nicht. Wenn man zuerst eine solche Anschlagplanung nachweisen müsse, werde das Gesetz zu einem stumpfen Schwert, lautet die Kritik an Zypries. Allein der Erwerb technischer Fähigkeiten soll also schon strafbar sein und nicht mehr erst die konkrete Tatvorbereitung.

Sollten diese Verschärfungen geltendes Gesetz werden – auch in der von der SPD unterstützten Variante –, würde dies die ohnehin im politischen Strafrecht bestehenden Rechtsunsicherheiten weiter verschärfen und weiterer politisch motivierter Willkür der Ermittlungsbehörden gegenüber oppositionellen Personen und Vereinigungen verstärken. Dies ist umso besorgniserregender, weil gleichzeitig mit dem BKA-Gesetz das Bundeskriminalamt zu einer geheim ermittelnden Staatspolizei mit weitreichenden Sondervollmachten bis hin zur geheimen Onlineüberwachung ausgebaut werden soll. Der als Lehre aus dem Faschismus geltende Trennungsgrundsatz zwischen Geheimdiensten und Polizei wird dabei fallen gelassen.

Solange die politisch motivierten Gesinnungs- und Ausforschungsparagrafen 129ff. StGB existieren, werden sie von den Ermittlungsbehörden eingesetzt werden. Nachträgliche Rügen des BGH oder häufige Verfahrenseinstellungen ändern nicht daran, dass die Sondervorschriften dieser Paragrafen schwerwiegende Einschränkungen in die Grundrechte Verdächtiger wie auch gänzlich Unbeteiligter darstellen. Aus rechtsstaatlicher Sicht kann es daher nur eine Schlussfolgerung geben. Die Terrorparagrafen gehören ersatzlos gestrichen. ☹

Ulla Jelpke

Die Autorin ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

ZEITUNG GEGEN KRIEG,
MILITARISMUS,
DIE MG-VERFAHREN
UND REPRESSION

EINSTELLUNG!

9 | 2008
SEITE III

DETTICKER

14.4.2003 · Mannheim

Ein Nachschubtransport der US-Armee für die Truppen am Golf wird kurz nach Verlassen der Spinelli-Barracks von zwei KriegsgegnerInnen für 15 Minuten gestoppt.

4.2.2004 · München

Im Zusammenhang mit der Sicherheitskonferenz werden von der Gruppe Initiative Maxwell-Schreiber Group Brandsätze unter Fahrzeuge einer Mercedes-Benz-Niederlassung gelegt. Durch einen technischen Defekt zünden die Brandsätze nicht.

20.3.2004 · Bad Odesloe

Die Gruppe »AK Origami« verübt einen Brandanschlag auf die Firma HALO, deren Tochterfirma das Fahrwerk für Truppenfahrzeuge der Bundeswehr liefert.

7.6.2004 · Wetzlar

Parolen, Farbbeutel, kaputte Fenster am Kreiswehrrsamt als »Protest gegen die Großmacht Europa, den Aufbau eines europäischen Militärs und die Festung Europa« durch die Gruppe »autonome wicthel für freies leben (a.w.f.f.l. giessener bergland)« anlässlich der Europawahl am 13.7.2004.

Herbst 2004 · Valencia · Spanien

Vier AktivistInnen blockieren Militärzüge bei der NATO-Basis in Bevera. Sie werden verhaftet.

20.5.2005 · Kreta · Griechenland

70 AntifaschistInnen aus Griechenland und Deutschland verhindern auf dem »Deutschen Soldatenfriedhof« in Maleme das jährlich zum Jahrestag des faschistischen Angriffs auf Kreta stattfindende Gedenken, bewerfen Alt-Nazis mit Farbeiern und hinterlassen Parolen und Farbe an zwei Kriegsdenkmalern.

5.1.2006 · Hamburg

Die »Militante Antimilitaristische Initiative (MAMI)« übernimmt die Verantwortung für das Abbrennen zweier Transporter der Kriegausrüsterfirma Imtech Deutschland.

Januar 2006 · München

Ein Kriegerdenkmal in München wird Ziel eines Farbbeutelangriffs einer Autonomen Gruppe.

2.6.2006 · North-Dakota · USA

Drei AktivistInnen, darunter ein 72-jähriger Priester und ein 57-jähriger Kriegsveteran, bearbeiten auf der US-Base Duluth mit Hämmern ein Raketensilo und besprühen ihn mit Parolen (»Stop Nuclaeer Terrorism here«) und Blut. Die drei AktivistInnen werden zu Gefängnisstrafen zwischen acht und 17 Monaten verurteilt und z.T. in Isolationshaft gehalten.

26.1.2007 · Hamburg

Die »Revolutionären Anti-Militaristischen AktivistInnen (RAMA)« brennen das Auto des Managers Herbert Aly, Vorstand bei Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS), ab. Bei einem weiteren Vorstand des Rüstungskonzern werden Haus und Auto mit Farbe und Steinen bearbeitet.

29.2.2007 · Berlin

Am Dienstsitz des katholischen Militärbi-schoffs gehen Fensterscheiben zu Bruch, zudem werden die Fassaden des Wohnhauses eines langjährigen Beraters des Verteidigungsministeriums, der Niederlassung des Konzerns SAP sowie der Bertelsmann Stiftung von den »Autonomen Antimilitaristen« mit Farbbeuteln beworfen.

1.4.2007 · Faslane · Schottland

50 AktivistInnen blockieren für vier Stunden mithilfe von speziellen Schloßern die Faslane-Nuklear-Basis. 17 Personen werden verhaftet.

2.3.2007 · Ayrshire · UK

Zahlreiche AktivistInnen verschaffen sich Zutritt zur Munitionsfabrik in Beith, Ayrshire und verteilen Flugblätter, auf denen erklärt wird, wie und wo die Munition im Irak eingesetzt wird.

18.4.2007 · Weimar

Über Nacht verschönern Unbekannte ein Bundeswehr-Werbemobil; die Heckscheibe wird komplett geschwärzt und mit dem Schriftzug »No War!« versehen. An den Scheibenwischern werden Blumen befestigt und an den Seiten des Lkws ist zu lesen: »Kein Leid, kein Mord, kein Morgensport!«, »Deutsche Waffen, Deutsches Geld morden mit in aller Welt« und »Alle Soldaten sind Mörder, aber psst ...«

WELTMACHT EUROPA

DIE EU IST EIN MILITÄRISCHES PROJEKT

DERTICKER

19.4.2007

Edinburgh · Schottland

Die Scheiben eines Rekrutierungsbüro der Britischen Armee werden von der »Fuck The War Coalition« gesmasht und Antikriegsparolen gesprüht.

30.4.2007

Edinburgh · Schottland

Aus Anlass des Irakkriegs zerstört »Fuck The War Coalition« Scheiben an der US-Botschaft und sprüht Antikriegsparolen.

10.5.2007 · Wuppertal

Im Berufsinformationszentrum wird eine Propagandaveranstaltung der Bundeswehr für Berufsanfänger frühzeitig beendet. Ein Stabsoberbootsmann bekommt gezielt eine Torte ins Gesicht. Die TortenwerferInnen entkommen unerkannt. Die Arbeitsgruppe m.g. (mit geschmack) – Unterabteilung »Bundeswehr wegtorten« fordert zu einem bundesweiten Tortenwettbewerb auf.

18.5.2007 · Hamburg

Ein Anschlag mit Steinen und Farblaschen auf Lufthansa-Technik-Chef August Wilhelm Henningsen in Niendorf bei Hamburg. Das Unternehmen ist am Bau von Flugzeugen beteiligt, die die Bundeswehr als Truppen-transporter oder Frachtmaschinen einsetzt. Lufthansa-Technik sei auch beim Bau von Tankflugzeugen dabei, die Kampffljets in der Luft betanken können.

1.6.2007 · Kyritz · Ruppiner Heide

Zum Auftakt des G8-Gipfels in Heiligendamm besetzen ca. 700 AntimilitaristInnen das Gelände des Bombodroms unter dem Motto »Jedes Ziel ist ein Zuhause« und bemalen Militäreinrichtungen mit rosa Farbe. Über 200 Personen bleiben über Nacht.

12.7.2007

Edinburgh · Schottland

Zum dritten Mal smasht die »Fuck The War Coalition« Fensterscheiben des Rüstungskonzerns SELEX, der u.a. für den Apache-Hubschrauber und den Eurofighter Typhoon produziert.

31.7.2007 · Brandenburg

Beinahe sabotiert: Das Anzünden dreier Bundeswehr-LKWs auf dem Gelände der Rüstungsfirma MAN in Brandenburg scheitert.

11.9.2007 · Manchester · UK

Blockade des Fuhrparks der Rüstungsfirma BAE Middleton durch eine antimilitaristische Gruppe. Das Tor wird verschlossen, Bretter, durch die Nägel geschlagen sind, werden auf der Straße befestigt, Öl wird in der Umgebung verschüttet, um eine zusätzliche Störung zu verursachen.

10.10.2007 · Brighton · UK

Eine Karaoke-Maschine und fünf Personen werden vor dem Tor des Rüstungskonzerns EDO beim Abspielen des Songs »We are the champions« von der Polizei verhaftet.

13.10.2007 · Potsdam

An der Uni Potsdam wird die Eröffnung des neuen Masterstudiengangs »Military Studies« unter Beteiligung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr mittels »feierlicher« Begrüßung der StudienanfängerInnen erfolgreich gestört.

12.12.2007 · Hamburg

Unter dem Motto »Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge« unternimmt die Gruppe militante Konversion einen Brandanschlag auf dem Gelände der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg.

15.12.2007 · Vicenza · Italien

50.000 Menschen demonstrieren gegen den Ausbau der US-Basis Dal Molin.

20.12.2007 · Wuppertal

Die »AG Abrüstung jetzt« verziert das Berufsinformationszentrum mit roter Farbe. Außerdem wird über die gesamte Glasfront »Bundeswehr wegtreten« angebracht. Die Aktion richtet sich gegen den monatlichen Besuch der Bundeswehr im BIZ Wuppertal und die schleichende Militarisierung der Innenpolitik.

30.12.2007 · Magdeburg

Das Denkmal für den preußischen Militär Steuben wird pink angemalt und mit dem Spruch »Krieg macht niemanden groß« versehen.



Erklärtes Ziel der Europäischen Union (EU) ist es, zum mächtigsten Wirtschaftsraum der Erde zu werden. Dies funktioniert jedoch nur, wenn man der Welt auch die eigenen politischen und ökonomischen Regeln diktiert. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die EU nach der Schaffung eines gemeinsamen Währungsraumes nun um eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik, bei der die Armeen der Mitgliedsstaaten qualitativ aufgerüstet und einsatzbereit gemacht werden sollen.

Neue Formen des Interventionismus

Als selbsterklärte »Weltmacht« will die EU in allen Regionen der Erde »Verantwortung« übernehmen. Eine besondere Rolle spielen für sie dabei sogenannten Scheiternden Staaten. Sie gelten sowohl als Umschlagplatz von Massenvernichtungswaffen, als Rekrutierungs- und Ausbildungsbasis für TerroristInnen, als Hort der Organisierten Kriminalität und als Ursprung von Migrationsbewegungen. Der Anspruch einer Demokratisierung ist dabei ins Hintertreffen geraten und wurde durch den vagen Begriff der »Guten Regierungsführung« ersetzt. Das Ziel ist, die Welt in »funktionierende«, d.h. kooperationswillige Staaten aufzuteilen.

Als eines der wichtigsten Instrumente globaler und präventiver Gestaltungs-

politik führt die EU deshalb bevorzugt sogenannte Sicherheitssektorreformen durch. In deren Rahmen entsendet sie MilitärberaterInnen und PolizeiausbilderInnen, investiert in Gendarmerie-Einheiten und Gefängnisse und stationiert gegebenenfalls ergänzend sogenannte Battle-Groups. Einem »vernetzten« bzw. »umfassenden« Ansatz folgend werden zivile (Hilfs-) Organisationen, RichterInnen und Staatsanwälte, PolizistInnen und SoldatInnen aus den einzelnen Mitgliedsstaaten mit einer gemeinsamen Mission und unter möglichst einheitlichem Kommando ins Ausland geschickt.

Neben solchen häufig ad hoc eingesetzten, länder- und ressortübergreifenden Gremien ist die Renaissance von Gendarmerieeinheiten wie den italienischen Carabinieri, die mittlerweile in der European Gendarmerie Force zusammengefasst wurden, ein weiteres Merkmal dieses neuen Interventionismus. Als Mischform zwischen Armee und Polizei haben sie schon in früheren Phasen des Kolonialismus eine herausragende Rolle gespielt. Heute entsprechen sie dem europäischen Dogma, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu trennen sei. Zuletzt bleibt zu erwähnen, dass die Einsatzkräfte – zumindest in ihren Auslandseinsätzen – zwar teilweise Recht setzen und Recht durchsetzen,

dabei aber dem Recht des Einsatzlandes gegenüber immun sind.

Diese länder- und ressortübergreifenden Institutionen gründete die EU im Rahmen ihrer Einsätze auf dem Balkan und in Afrika; entsprechende Erfahrungen mit dem »umfassenden Ansatz« können ihre Mitgliedsstaaten auch im Rahmen des NATO-Einsatzes in Afghanistan sammeln. Dies Entwicklungen finden bezeichnenderweise in genau in der Zeit statt, in der die Eliten Westeuropas die EU selbst zu einer Art »Staat« umbauen wollten. Und tatsächlich zeigen sich deutliche Parallelen zwischen externem State-Building und interner Staatswerdung: Beide folgen dem neoliberalen Paradigma, nach dem zunächst die Freiheit des Marktes garantiert und erst weit nachgeordnet die Freiheit der Menschen diskutiert wird.

Fortwährende Militarisierung der EU

Und so gründen sich im bürgerrechtsfreien zwischenstaatlichen Raum informelle Foren der Sicherheitsbehörden, in denen Daten von BürgerInnen und Drittstaatenangehörigen weit einfacher ausgetauscht werden können als im nationalen Rahmen unter der Aufsicht nationaler Datenschutzbehörden. Es werden europäische Ermittlungsbehörden geschaffen wie EUROPOL, deren Beamte bei ihrer Arbeit Immunität genießen, ein europäischer Quasi-Militär-

geheimdienst (SitCen), ein europäisches Militärkomitee, ein europäischer Militärstab usw., die sich der Kontrolle der Parlamente vollständig entziehen.

Obwohl der Verfassungsvertrag durch das Nein in Frankreich und den Niederlanden scheiterte, wurde die darin vorgesehene Europäische Rüstungsagentur EDA geschaffen. Sie soll die Rüstung, Militärpolitiken und Strategien der Mitgliedsstaaten aufeinander abstimmen und damit effizienter machen. Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX vernetzt Militärs und Polizeibehörden, Rüstungsunternehmen und Universitäten der Mitgliedsstaaten, erstellt unveröffentlichte »Risikoanalysen« mithilfe von Geheimdienstinformationen und führt auf deren Grundlage operative Einsätze mitten in Europa durch.

Auch die Neuaufgabe des Verfassungsvertrages im Gewand des Reformvertrages beinhaltet erneut die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten, »ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern« und sieht einen gemeinsamen Rüstungshaushalt unter der irreführenden Bezeichnung »Anschubfonds« vor. Die Mitbestimmung der Parlamente bleibt stark eingeschränkt; die kleineren Mitgliedsstaaten sollen weiter an Einfluss auf die Militärpolitik verlieren. Die rechtliche Bedeutung der Grundrechtecharta ist nach wie vor umstritten und in jedem Fall marginal. Gleichwohl wurde in den Erläuterungen zu ihr festgehalten, dass das darin immerhin verbriefte »Recht auf Leben« nicht verletzt wird, wenn eine Tötung »durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen«.

Die EU baut nicht nur im Ausland militaristische und repressive Regime auf, sie konstituiert sich auch selbst als solches.

Christoph Marischka

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung e.V. www.imi-online.de

REPRESSION AUF PSYCHISCHER EBENE

ÜBER TRAUMATISIERENDE FOLGEN VON POLIZEI (UND ANDERER) GEWALT

Wer Widerstand leistet, ist zwangsläufig mit Repression konfrontiert. Diese verläuft auf verschiedenen Ebenen: martialisches Auftreten der Polizei im schwarzen gepanzerten Kampfoutfit, willkürliche Kontrollen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen usw. Auch der Einsatz von potenziell traumatisierender Gewalt ist Bestandteil staatlicher Repression. Im aktuellen mg-Verfahren ist einer der Beschuldigten davon betroffen. Eine schon bestehende traumatische Erfahrung, ausgelöst u.a. durch früher erlebte dauerhafte Bedrohung durch Nazigewalt, löste im Zusammenhang mit der brutalen Verhaftungssituation am 31. Juli 2007 und der viermonatigen Einzelhaft eine Retraumatisierung aus. Für den anstehenden Prozess

hat dies weitreichende Konsequenzen: Bis jetzt ist unklar, ob der Beschuldigte überhaupt an dem Prozess teilnehmen kann.

Was bedeutet Traumatisierung?

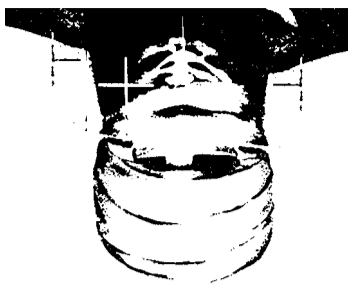
Während einer traumatischen Erfahrung ist man einer außergewöhnlich bedrohlich wahrgenommenen Situation schutzlos ohne Handlungsmöglichkeiten ausgeliefert. Angst, Kontrollverlust und Ohnmacht überfluten das Erleben. Das Bild von sich selbst als Mensch mit Handlungsmöglichkeiten in einer beeinflussbaren Welt wird langfristig erschüttert. Die überwältigende Situation muss dabei nicht selbst erlebt sein – auch die Ohnmacht, einem anderen Menschen nicht helfen zu können, kann als Trauma wirken.

Nach einer solchen Erfahrung gerät man in einen »psychischen Schockzustand«, der mehrere Wochen anhalten kann. Alles ist durcheinander, man fühlt sich betäubt, verletzt, unterliegt Stimmungsschwankungen, mag ständig oder gar nicht über das Erlebte sprechen, hat das Gefühl, neben sich zu stehen oder die Umwelt nur noch verschwommen wahrzunehmen, kann nicht schlafen, hat Alpträume, der Körper ist massiv erregt und unter Spannung. Diese psychische Stressreaktion kann sich zu einer posttraumatischen Belastungsstörung entwickeln, wenn keine Möglichkeit zur Bewältigung besteht.

Zentrales Element psychischer Traumata ist die Spannung zwischen dem

Wunsch, schreckliche Ereignisse zu verleugnen, und dem Wunsch, sie laut auszusprechen. Folgen können sozialer Rückzug oder depressives »Nicht-Fühlen-Können«, d.h. ein emotionales Taubheitsgefühl sein. Der Kontakt mit potenziellen Auslöserreizen wird vermieden, was oftmals eine starke Einschränkung des bisher gelebten Alltags bedeutet. Um bedrohliche und unwillkürlich auftretende Gefühle (von Angst, Wut, Selbstzweifeln) zu unterdrücken, greifen die Betroffenen u.a. zu Suchtmitteln oder verletzen sich selbst, um ein Ventil für die unerträgliche innere Anspannung zu finden bzw. eine Möglichkeit, dem erlebten Kontrollverlust entgegen zu wirken und sich wieder zu spüren.

DIE BUNDESWEHR RAUS



AUS AFGHANISTAN – SOFORT!

DIE NATO BRINGT AFGHANISTAN WEDER FRIEDEN NOCH ENTWICKLUNG

Die Situation in Afghanistan eskaliert zusehends, insbesondere seit die NATO dort immer offensiver vorgeht. Im Jahr 2007 kamen über 8.000 AfghanInnen ums Leben, die bewaffneten Auseinandersetzungen, an denen die NATO-Truppe ISAF beteiligt ist, stiegen von 1.755 im Jahr 2005 auf über 6.000 im Jahr 2007 an. Immer deutlicher zeigt sich, dass es sich bei der ISAF-Mission keineswegs um einen Stabilisierungs- und Wiederaufbaueinsatz – also quasi um eine Art bewaffnete Entwicklungshilfe – handelt: »In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt«, urteilt selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik.

Unter der militärischen Besatzung wurden zudem marktliberale Wirtschaftsstrukturen aufgebaut, die gänzlich ungeeignet sind, die schreiende Armut in Afghanistan zu verringern. Das Bundesamt für Außenwirtschaft bejubelt auch noch die hierbei führende Rolle Deutschlands: »Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.« Dabei wurde Afghanistan u.a. ein Investitionsschutzabkommen diktiert, das Zollreduzierungen, den 100%igen Firmenbesitz von AusländerInnen, einen weitreichenden Schutz vor Enteignungen, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren und 100%igen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht.

Die Folgen dieser neoliberalen »Wiederaufbaupolitik« sind verheerend: Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat sich die huma-

nitäre Lage seit Beginn des NATO-Einsatzes weiter verschlechtert: 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt, 68% verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser. Diese beschämenden Zahlen sind nicht zuletzt dem schreienden Missverhältnis zwischen zivilen und militärischen Ausgaben geschuldet. Während zwischen 2002 und 2006 82,5 Mrd. US-Dollar für das Militär verausgabt wurden, wendete die gesamte »internationale Gemeinschaft« im selben Zeitraum lediglich 433 Mio. US-Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme auf – weniger als die Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen Militärengagements.

Darüber hinaus wird die Entwicklungshilfe im Rahmen der in Afghanistan praktizierten Zivil-militärischen Zusammenarbeit zu großen Teilen für kriegsrelevante Vorhaben zweckentfremdet. So kritisierte »Caritas International« im Juni 2008, dass »die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert«. Durch diese Entwicklungshilfe im Kampfanzug verlieren humanitäre Helfer ihre politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu einem integralen



Bestandteil des Besatzungsregimes. Die Folgen sind drastisch steigende Opferzahlen unter den zivilen HelferInnen, verschiedene Organisationen, darunter »Ärzte ohne Grenzen« und die »Welthungerhilfe«, haben sich bereits mit dem Argument aus Afghanistan zurückgezogen, die Zivil-militärische Zusammenarbeit mache humanitäre Hilfeleistungen unmöglich.

Afghanistan benötigt nicht mehr Militär, sondern weniger

Selbst was die oft als Kriegsbegegnung vorgebrachte Unterdrückung der Frauen anbelangt, ist die Bilanz ernüchternd. In weiten Teilen des Landes hat sich die Lage der Frauen seit Einmarsch der NATO nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Dr. Massouda Jallal sogar deutlich verschlechtert. Demokratie und Menschenrechte stehen ganz unten auf der NATO-Tagesordnung. Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren, schreibt der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Lothar Rühl. Hierfür müsse man »das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.« Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, »können nicht auch noch (...) darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.«

Die NATO bringt Afghanistan weder Frieden noch Entwicklung. Deshalb ist ein sofortiger Truppenabzug dringend erforderlich. Stattdessen beabsichtigt die Bundesregierung, »robustere Maßnahmen ins Zentrum (zu) rücken«, wie Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) im März 2008 ankündigte. Hierfür übernahm die Bundeswehr im Juni die Quick Reaction Force, eine explizit für offensive Kampfmaßnahmen ausgegerichtete Truppe. Im Herbst soll das deut-



sche Afghanistan-Mandat territorial und personell noch einmal erheblich ausgeweitet werden.

Afghanistan benötigt nicht mehr Militär, sondern weniger. Deshalb muss dem Versuch, über diesen Krieg den Deckmantel des Schweigens zu hüllen, die Forderung nach einem sofortigen Truppenabzug entgegengesetzt werden: »Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan« lautet deshalb das Motto der am 20. September stattfindenden Großdemonstrationen in Berlin und Stuttgart.

Jürgen Wagner

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung e.V. www.imi-online.de

übungen und Bewegung können helfen, ein Ventil für die im Körper gespeicherte Übererregung oder Spannungszustände zu finden.

Der Bezugsgruppe und FreundInnen kommt eine hohe Verantwortung zu. Für die Verarbeitung von Ohnmachtserfahrungen durch (Polizei-)Gewalt ist wesentlich, dass soziale Umfeld als solidarisch, schützend und unterstützend zu erleben. Kontrollverlust und Ohnmacht sind Bestandteil von Traumatisierungen. Deshalb muss die Selbstbestimmung der Betroffenen unbedingt im Vordergrund stehen. Es ist zudem von zentraler Bedeutung, immer wieder Abstand zu gewinnen, sich eine Tagesstruktur zu geben, Alltag zu leben und zu versuchen,

»normale« Dinge zu tun, um aus der Opferposition herauszukommen.

Während Erste Hilfe und rechtlicher Beistand schon lange Teil der Antirepressionsstruktur sind, mangelte es an psychologischer Betreuung von AktivistInnen für AktivistInnen. Die bundesweit aktive Gruppe »Out of Action« will dem entgegenarbeiten. Neben konkreter Unterstützung ist Ziel der Gruppe, Traumatisierung als Teil von Repression sowie einen möglichen Umgang damit in der Linken zu enttabuisieren und »private« psychische Probleme als politisches Thema zu etablieren.

<http://outofaction.net>
<http://activist-trauma.net>

Dabei drängen sich die traumatischen Erlebnisse immer wieder als Flashbacks, d.h. als plötzliche, nicht beeinflussbare und äußerst bedrohlich erlebte Erinnerungsfetzen ins Bewusstsein. Viele glauben, verrückt zu werden und ziehen sich noch mehr zurück.

Eine Sache, die uns alle angeht

Traumatische Erfahrungen können zwar nicht verhindert werden, wir können uns aber dagegen wappnen. Der beste Schutz ist ein soziales Klima, in dem selbstverständlich über Gefühle und Erlebtes gesprochen und im Zusammenhang politischer Aktionen kein Heldentum propagiert wird. Langfristig leiden viele Betroffene von Polizeigewalt mehr

unter den psychischen Folgen, als unter körperlichen Verletzungen. Wenn die Betroffenen mit ihren Gefühlen alleine gelassen werden und keine Solidarität erfahren, kann das eine emotional noch größere Erschütterung sein, als die Gewalterfahrung durch die Polizei.

Für die Bewältigung von Traumafolgen ist es wichtig, mit Unterstützung anderer die Traumatisierung als »Verletzung der Seele« anzuerkennen und zu akzeptieren, dass die Psyche die Möglichkeit und Zeit zum Heilen braucht. Das erfordert Geduld und ist keineswegs ein gradliniger Prozess. Für manche Betroffenen ist es wichtig, unzählige Male das Erlebte zu berichten, so lange, bis es verarbeitet ist. Sport, Entspannungs-



DETTICKER

6.2.2008 · Brühl

BundeswehrgegnerInnen nutzen das jecke Treiben im Rheinland mit seinem saisonbedingten Kostümierungs- und Vermummungsgebot, werfen Scheiben im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagentur Brühl ein, verpassen ihm mit viel Farbe einen »Tarnanstrich« und sprühen »Bundeswehr raus«.

10.2.2008 · Kiel

Eine Gruppe junger AktivistInnen stoppt in der Nacht von Samstag auf Sonntag einen Zug der Bundeswehr, um gegen Militarismus zu protestieren. Die AktivistInnen wenden sich sowohl gegen die kriegsrischen Einsätze der Bundeswehr im Ausland als auch gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

10.2.2008 · Mannheim

Die BMW-Niederlassung wird im Zusammenhang mit der NATO-Sicherheitskonferenz in München mit Farbbeuteln und Steinen beworfen.

13. – 16.3.2008

Washington D.C. · USA

Vier Tage lang legen ehemalige US-SoldatInnen, die im Irak und in Afghanistan eingesetzt waren, Zeugnis ab über Kriegsverbrechen der US-Armee.

23.3.2008 · Brüssel · Belgien

Etwa 1.000 Menschen aus 17 verschiedenen Ländern beteiligen sich an einem Protestmarsch zum NATO-Hauptquartier, das mit dem Nordatlantikatrat das Hauptorgan der NATO beherbergt.

29.3.2008 · Slupsk · Polen

Rund 1.000 Menschen demonstrieren gegen das geplante US-Raketenabwehrsystem.

1.4.2008 · Münster

Mit Staubwedel und Wasserpistole ausgerüstet, blasen nicht die versammelte Soldaten auf Deutschland-Tour mit dem »KarriereTreff Bundeswehr« sondern Clowns zum Angriff.

9.4.2008 · Ottawa · Kanada

Dem Aufruf undogmatischer Gruppen folgend auf vielfältige Art gegen die CANSEC vorzugehen, wird Kanadas größte Waffenmesse am Abend ihrer Eröffnung durch einen Feueralarm unterbrochen. Ausgelöst hat ihn eine anarchistische Gruppe, die sich mit dieser Aktion gegen Besatzung und Krieg wendet.

22.4.2008 · Hannover

Anlässlich der Verabschiedung der SoldatInnen der 1. Panzerdivision Hannover (u.a. nach Afghanistan) im niedersächsischen Landtag werden in der Nacht vier Soldatendenkmäler mit Farbe verziert.

4.4.2008 · Barcelona · Spanien

Mit roter Farbe übergossen protestieren KriegsgegnerInnen auf der Ausbildungsmesse »Estudia« in Barcelona gegen die Rekrutierung junger Leute für die Armee.

7.4.2008 · Hannover

In Solidarität mit den in Berlin angeklagten Antimilitaristen zündet die Gruppe auch Hierzulande Abrüstung Konstruktiv Organisieren die Firma HAKO bei Hannover an, die gemeinsam mit Panzerbauer Krauss Maffei Wegmann den Mungo-Kleintransporter für die Bundeswehr produziert.

25.5.2008 · St.Joseph · USA

Am frühen Morgen werden bei zwei Rekrutierungsbüros alle Scheiben eingeworfen.

1.5.2008 · Westküste · USA

Tausende DockarbeiterInnen der International Longshore and Warehouse Union streiken aus Protest gegen den Krieg für acht Stunden. Der von der Gewerkschaft beschlossene »No Peace No Work Holiday« bringt den Güterverkehr an der Westküste der USA zum Erliegen. Mit ihrer Aktion wollen die DockarbeiterInnen ihrer Forderung nach »unverzüglicher Beendigung von Krieg und Besatzung im Irak und in Afghanistan, sowie Abzug der US-Truppen aus dem Mittleren Osten« Nachdruck verleihen.

28.5.2008 · Berlin

Im Rahmen der Freiraumaktionstage werfen AntimilitaristInnen 18 Scheiben des Softwarekonzerns SAP ein, der für Sicherheitsbehörden, Bundeswehr und NATO spezielle Verwaltungs- und Vernetzungssoftware entwickelt.



SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN



CHRISTLICHE FRIEDENSAKTIVISTINNEN FREIGESPROCHEN



DERTICKER

4.6.2008 · Brighton · UK

Mit pedalbetriebenen Panzern und knalligen Masken macht sich ein Protestzug von 600 GegnerInnen des Waffenhandels auf den Weg zum Rüstungskonzern EDO-MBM. Nach Überwindung der Polizeiabspernung, ziehen bis zum Konzerngebäude, wo Autos und Scheiben demoliert werden. »Fuck EDO«/»Smash Capital« werden an die Wand gesprüht und ein Polizist von oben bis unten mit Farbe überschüttet.

6.6.2008 · Husum

Anlässlich der Einweihungsparty einer Ausstellung über den Bundeswehrstandort Husum werden am Rathaus »Bundeswehr abschaffen« und »Kriegspropaganda sabotieren« gesprüht und die Türschlösser beschädigt.

6.6.2008 · Magdeburg

Als Aktion gegen ein öffentliches Gelöbnis werden Farbflecken auf das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum in Magdeburg-Diesdorf geworfen.

6.6.2008

Edinburgh · Schottland

Am 19. Jahrestag des Massakers vom Platz des himmlischen Friedens, bei dem das chinesische Militär fast 3.000 StudentInnen tötete, und im Rahmen der Aktionswoche gegen den Waffenhandel wirft die The Fuck The War Coalition beim Rüstungskonzern SELEX Scheiben ein und sprüht »Hier arbeiten Kriegsprofiteure« und »Smash the Arms Trade« an die Wand.

18.6.2008 · Köln

Ein antimilitaristisches Empfangskomitee begrüßt die Bundeswehr-Werber mit rosa eingefärbtem Mehl und einem Eimer dreckigem Putzwasser. Die Bundeswehrwerbefiziere bringen sich in Sicherheit und lassen die Rekrutierungsveranstaltung am Kölner Arbeitsamt ausfallen.

2.7.2008 · Anoka · USA

Am frühen Morgen ketten sich mehrere AktivistInnen des Project to Stop the War Industry am Eingang der weltweit größten Munitionsfabrik Aliant Tech fest und blockieren ihn für eine Stunde.

9.7.2008 · Washington · USA

Am frühen Morgen umzingelt Code Pink mit Schlauchbooten und Transparenten das Hausboot eines Kongressabgeordneten, der sich für eine Wirtschaftsblockade des Iran ausgesprochen hat.

21.7.2008 · Bombodrom

Auf dem Übungsplatz der Bundeswehr werden Panzerhallen rosa angemalt, versteckte Hütte des Widerstandes gebaut und von Horchlöfeln/Schallreflektoren Schrauben als praktischen Beitrag zur Abrüstung entfernt.

21.7.2008 · Neuruppin

Das Eingangstor des Kreiswehrrsatzamtes wird unter Einsatz eines Banners »Militäreinrichtungen schließen« verschlossen.

7.8.2008 · Rheine

Mit einem Schlauchboot und dem Transparent »Spiel mir das Lied vom Tod – Bundeswehr wegrocken!« paddeln AntimilitaristInnen zwischen der auf der schwimmenden Emsbühne spielende Bundeswehr Big-Band und der Ufertribüne.

Weltweit gab und gibt es immer wieder Versuche, militärische Einrichtungen oder Ausrüstung untauglich für ihren kriegerischen Einsatz zu machen. Die einen nennen es notwendige Abrüstung, Wiederentwaffnung, gewaltfreie Sabotage, christliche FriedensaktivistInnen sprechen vom sogenannten ploughsharing (»Schwerver zu Pflugscharen machen«), während die Herrschenden, die Justiz und das Militär solche Aktionen wahlweise Sachbeschädigung, Zerstörung, Brandstiftung oder Terrorismus nennen. Doch manchmal scheitern sie auch mit ihrer Sichtweise – wie z.B. in Irland.

Im Morgengrauen des 3. Februar 2003 schleichen fünf Mitglieder des »Pacifist Catholic Worker Movement« auf das Gelände des Flughafen Shannon an der Westküste Irlands, den das US-Militär für Truppen- und Munitionstransporte in die Golfregion nutzt. Die FriedensaktivistInnen gießen Blut auf die Startbahn und errichten einen Altar, auf dem sie eine Bibel, einen Koran, einen Rosenkranz, muslimische Gebetsperlen, Blumen, St. Bridget's Kreuze und Fotos irakischer Kinder legen. Dann beginnen sie, die Startbahn mit einem Stemmeisen

am Rand zu bearbeiten. Anschließend gehen die AktivistInnen zu einem Hangar, in dem ein Flugzeug der US-Navy zur Reparatur steht. Bevor sie ihn aufbrechen, schreiben sie auf die Tür des Hangars »Pit Stop of Death«. Hineingelangt beschädigen sie das Flugzeug. Danach warten Karen Fallon, Deirdre Clancy, Ciaran O'Reilly, Damien Moran und Nuin Dunlop auf ihre Verhaftung.

Die irische Presse sprach anschließend von gewalttätigen Angriffen auf PolizistInnen während der Festnahme. Die AktivistInnen bestritten dies. Ciaran O'Reilly erklärte vielmehr, einer der Polizisten habe aufgrund der psychischen Anspannung eine Panikattacke erlitten. Weil er um seinen Job und die Reaktion seiner Vorgesetzten fürchtete, behauptete er, die AktivistInnen hätten sich gewehrt.

Abrüstungsaktion vor Gericht endet mit Freispruch

Im März 2005 begann der Prozess gegen die Fünf. In insgesamt drei Verfahren gelang es der irischen Regierung nicht, die Geschworenen davon zu überzeugen, dass die Verursachung eines 2,5 Mio. US-Dollar-Schadens an auf

dem Flughafen Shannon befindlichem US-Militärgerät ein kriminelles Vergehen sei. Vielmehr befanden die Geschworenen im Jahr 2006 einstimmig, dass die US-Militärausrüstungen auf dem Flughafen »Leben und Besitz im Irak bedrohten«. Ferner erklärten sie, dass gewaltfreier Widerstand gegen die US-Intervention im Irak nicht als krimineller Akt zu beurteilen sei. Die AktivistInnen hätten vielmehr mit ihrer Aktion schlimmeres Übel, nämlich den Tod unzähliger ZivilistInnen und die Zerstörung von Lebensraum im Irak verhindert.

Nach ihrer Freilassung kündigten die fünf Pacifist-Catholic-Workers, die unter dem Namen »The Pit Stop Ploughshares« bekannt wurden, an, ihre gewaltfreien Protestaktionen am Flughafen Shannon fortzusetzen zu wollen, sollte sich die irische Regierung weiterhin weigern, ihre Verwicklung in den Irakkrieg einzustellen und auf die Massendemonstration vom 15. Februar 2003 gegen den Irakkrieg zu hören.

Bis zum Beginn des Irakkriegs war der irische Flughafen Shannon einer der wichtigsten Umschlagpunkte für die USA, um SoldatInnen und Material im

Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen in den Nahen Osten zu fliegen. Im März 2003 stellten allerdings drei der vier amerikanischen Fluggesellschaften, die diese Transporte übernahmen, jeglichen Flugverkehr über Shannon aus Sicherheitsgründen ein. Ein Erfolg der direkten Aktionen der irischen Antikriegsbewegung. Seitdem nutzt das US-Militär vermehrt den Frankfurter Flughafen, da in Deutschland nicht mit derartigem Widerstand zu rechnen ist.



HIER SPRICHT DIE DIKTATUR DES ROTEN ANTIQUARIATS!

ZEITUNG GEGEN KRIEG,
MILITARISMUS,
DIE MG-VERFAHREN
UND REPRESSION

EINSTELLUNG!
9 | 2008
SEITE VII



Wir werden uns als Rotes Antiquariat im Rahmen dieser Kampagnenzeitung für die Rubrik »Antiquarische Kuriosa« verantwortlich zeigen. Ausgelöst wurde unsere semi-journalistische Aktivität durch einen Artikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. In einem der Artikel nach der Festnahme von vier angeblichen mg-Mitgliedern im Sommer letztes Jahres hieß es unter der Überschrift »Phrasen als Indizien?«, dass die »Theorieprosa der mg« der »Diktatur des Antiquariats« folgen würde.

Wir möchten in der Folge mit der geeigneten Leserschaft auf eine kleine Entdeckungsreise gehen, bei der wir Fundstücke zu den Themen Antimilitarismus und politische Schauprozesse gegen linke AktivistInnen auf sammeln wollen. Dabei haben wir den Ehrgeiz, nahezu vergessene und unbekannte Personen und deren Geschichte aufzuspüren. Das begreifen wir als eine völlig undiktatorisch vorgetragene antiquarische Wissensvermittlung! Was steht heute auf dem Unterrichtsplan? »Ein Akt heroischer Selbstaufopferung für die Sache einer Idee«, wie der Biograf Julius Braunthal über seinen biografisierten Schützling Friedrich Adler feststellt.

Friedrich Adlers erste Lebensstationen

Um auf das eigentliche historische Ereignis des Attentats durch Friedrich Adler zu sprechen zu kommen, müssen zwei, drei politisch-biografische Hintergründe beschrieben werden. Friedrich (Fritz) Adler (1879-1960) war der Sohn des Gründers der österreichischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), Victor Adler (1852-1918). Friedrich war neben seinem frühen politischen Engagement in erster Linie Naturwissenschaftler und ein guter Bekannter von Albert Einstein.

1911 wurde er neben Otto Bauer, dem wohl bekanntesten Vertreter des sogenannten Austromarxismus, einer der vier Parteisekretäre der SDAP. In dieser Zeit war er ein erklärter Internationalist und Pazifist. Er setzte vor allem auf die länderübergreifende proletarische Solidarität der Friedenssicherung, die er durch die 1889 konstituierte II. Internationale garantiert sehen wollte. Die Kongress-Beschlusslage der II. Internationale war in dieser Hinsicht eindeutig, allerdings überwogen die nationalen Egoismen bei fast allen Sektionen, so dass sich diese friedenssichernden Resolutionen als wertloses Papier herausstellten.

Auf dem Weg zum Attentat

Aber nicht nur die Politik der II. Internationale war nicht kriegshindernd, sondern auch innerhalb der eigenen Partei wurde Friedrich Adler aufgrund seiner internationalistisch-kriegsablehnenden Überzeugungen zu Beginn des Ersten Weltkriegs zunehmend isoliert. Bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch richtete er eine Stellungnahme an den Parteivorstand, in der es u.a. heißt: »Aber viel schlimmer als die Ohnmacht der Internationale ist die Tatsache, dass (...) in allen Ländern die Sozialdemokratie nicht den Krieg als unüberwindliches Schicksal hingenommen, sondern mehr oder minder die Kriegsparole des Staates sich zu

HEUTE: FRIEDRICH ADLER UND DIE PROPAGANDA DER TAT

eigen gemacht hat.« Adler verteidigt in einem weiteren Schreiben an den Parteivorstand den internationalistischen Standpunkt der Sozialdemokratie, wenn er schreibt: »Für den Sozialdemokraten ist die Befreiung des Proletariats, abgesehen von der Rasse und der Nation, das allerwichtigste, wichtiger als das Schicksal einer einzelnen Nation überhaupt.«

Er versuchte diesem innerparteilichen Trend der Kriegsbefürwortung und -unterstützung durch eine organisierte Antikriegsformation innerhalb der Partei entgegenzuwirken. Auch wenn sich dem Antikriegs-Manifest »Die Internationalen in Oesterreich an die Internationalen aller Länder« vom 3. Dezember 1915 der bekannte marxistisch-kantianische Theoretiker Max Adler (übrigens nicht mit Victor bzw. Friedrich Adler verwandt) und der Sekretär der Jugendinternationale Robert Danneberg anschlossen, so blieb die Zahl der »Internationalisten Österreichs« doch sehr überschaubar. In diesem Manifest nimmt Adler auch von

gegenüber den meist zaghaften Forderungen, das Parlament wieder tagen zu lassen, sicherten das autokratische Provisorium. Der kriegstreiberische Kurs Stürgkhs, die Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung, die sozialpatriotische Deformation der SDAP und als »i-Tüpfelchen« das Versammlungsverbot für eine Demonstration der drei Präsidenten des Reichsrates veranlassten Adler zu dem Attentat auf die Personifizierung der Reaktion im österreichischen Machtzentrum.

Graf Stürgkh speiste gewöhnlich im Wiener Restaurant Meißl & Schaden zu Mittag. (touristischer Tipp: der Tatort heißt heute schmöde Hotel Europa und befindet sich im 1. Bezirk, Neuer Markt 3) Offenbar für Adler ein idealer Ort, um den Grafen stellen zu können. Der Hergang wird, auch wenn er sich nicht im Detail rekonstruieren lässt, in den Geschichtsbüchern wie folgt dargestellt: Er wartete bis Graf Stürgkh allein an seinem Tisch saß, dann zog er einen Revolver aus der rechten Rocktasche und

dazu: »Ich habe diese Tat mit Überlegung vollbracht (...) Es ist also nicht eine Tat, die aus dem Augenblick hervorgegangen ist, sondern es ist eine ganz klar überlegte Tat. Ich habe diese Tat vollbracht in dem vollkommen klaren Bewusstsein, dass damit mein Leben abgeschlossen ist.«

Adler stützt sich in seiner Anklage auf das Notstandsrecht, wenn er sagt: »Berechtigt zur Gewalt ist nach meiner Meinung, wenn das Gesetz zertreten ist, ein jeder Staatsbürger, jeder ist berechtigt, sich sein Recht selbst zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung verschuldet hat. Ja, jeder Staatsbürger hat nicht nur das Recht zur Gewalt, sondern meiner Überzeugung nach auch die Pflicht, sich einzusetzen in dem Moment, wo alle (...) Rechtsgarantien (...) beseitigt sind.«

Adler beendete den Prozess vor dem Ausnahmegericht, in dem er die Vorzeichen von Ankläger/Angeschuldigter verkehren konnte, so, wie er ihn begonnen hatte, als wortgewaltiger politischer Aktivist. Nach der Urteilsverkündung rief er pathe-



einem voraussetzungslosen Pazifismus aufgrund der Erfahrungen der ersten Kriegsmomente Abschied und wendet sich einer realpolitischen Position zu. Er schreibt: »Wir sind weder Pazifisten noch Militaristen, sondern ein Drittes. Wir Sozialisten suchen nicht die Methode der Gewalt, aber wir schließen sie auch nicht aus. Unsere Methode heißt nicht Krieg, sondern Revolution.« Nach einer Sitzung mit der Parteiführung am 20. Oktober 1916, in der er die passive bis unterstützende Haltung der Parteioberen zum imperialistischen Krieg scharf attackierte, war seine politische Marginalisierung absolut. Einen Tag später schoss er auf den österreichischen Ministerpräsidenten, den Grafen Stürgkh.

Das Attentat auf Graf von Stürgkh

Karl Graf von Stürgkh (1859-1916) wurde 1911 Ministerpräsident Österreichs und zählte neben sechs weiteren seiner Zunft zum habsburgischen Kronrat vom 7. Juli 1914, die den Ersten Weltkrieg entfesselt hatten. Stürgkh setzte, um das absolutistische Regime widerspruchlos schalten und walten lassen zu können, die Parlamentsarbeit schon im März 1914, also vor Beginn des Krieges, außer Kraft und regierte fortan mit Notverordnungen. Eine rigorose Pressezensur und die Ignoranz

feuerte drei oder vier Schüsse gegen den Kopf Stürgkhs ab. Um dem Ablauf seine dramaturgische Vollendung zu geben, soll er eigenen Angaben nach »Nieder mit dem Absolutismus, wir wollen den Frieden!« ausgerufen haben.

Führende Parteigenossen aus der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie versuchten die Tat Adlers tags darauf zu psychiatrisieren, in dem sie ihm »Sinnesverwirrung« attestierten, oder als »Unseligen« bzw. als »Irrsinnigen« abstempelten.

Der Prozess vor dem Ausnahmegericht und die Folgen

Friedrich Adler verstand sich vor der Instanz des Ausnahmegerichts, die eigentlich zuständigen Schwurgerichte wurden per Verordnung stillgelegt, nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger. Der am 18. und 19. Mai 1917 stattgefundene Prozess bot ihm die Plattform, um seine politischen Motive, die für die Schüsse auf Stürgkh entscheidend waren, mit allem Enthusiasmus vorzutragen.

Zu Beginn seiner Ausführungen vor Gericht wandte er sich gegen den Versuch der Psychiatrisierung der Tat, damit agitierte er auch gegen die Prozesstaktik seiner Anwälte, die auf »Unzurechnungsfähigkeit« plädieren wollten. Adler

tisch aus: »Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!« Tumultartige Szenen folgten im Gerichtsgebäude, die ihren Widerhall in der Presse fanden. Die Wirkung des Adler-Prozesses war also nachhaltig. Die Partei solidarisierte sich mit ihm in einer bis dahin nicht gekannten Offen- und Einmütigkeit. Das ausgesprochene Todesurteil durch den Strang musste aufgrund des ständig steigenden öffentlichen Drucks revidiert werden.

Der Oberste Gerichtshof wandelte das Urteil in 18 Jahre Kerkerhaft um. Nach der Implosion der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie trat die Provisorische Nationalversammlung für »Deutschösterreich« Mitte Oktober 1918 zusammen, um die Gründung der Ersten Republik vorzubereiten. Ende Oktober beantragte die SDAP eine Amnestie für alle politischen Delikte, die im Kontext antimilitaristischer Handlungen standen. Am 1. November 1918 wurde Friedrich Adler aus der Kerkerhaft entlassen. Wenige Tage später brachte er sich wieder in die aktive Politik ein und redete auf einer außerordentlichen Sitzung des Wiener Arbeiterrates. Mit einem ironischen Unterton in seiner Rede gibt er den Anwesenden »die beruhigende Versicherung«, dass er in der Haft »nicht gebessert worden« sei.

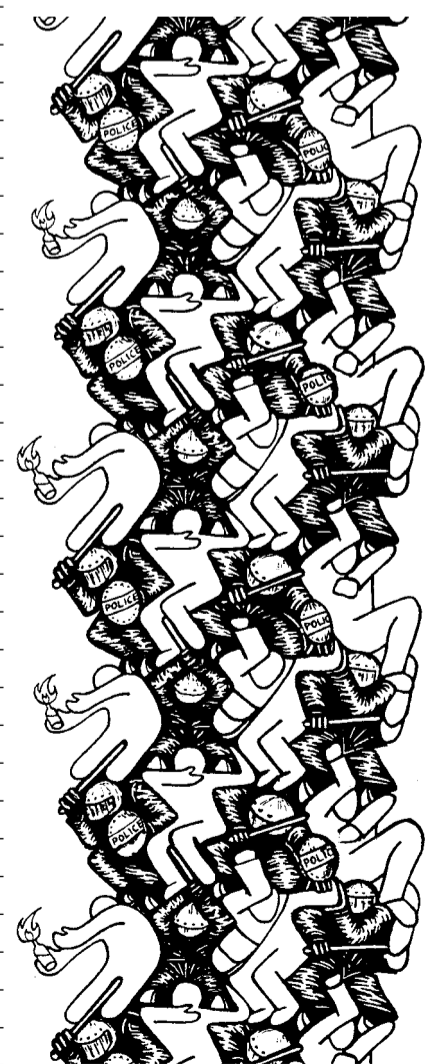
FREISPRÜCHE – WOANDERS NORMALITÄT

Niederlande, 9. Februar 2003: Barbara Smedema zerstört auf der niederländischen NATO-Atomwaffenbasis Volkel innerhalb von 20 Minuten die Radar- und Kommunikationsanlagen. Ein Kamerateam filmt die ganze Aktion und sorgt im Anschluss für die Verbreitung. Barbara Smedema nimmt bewusst für ihre offene Abrüstungsaktion eine Verhaftung in Kauf und sitzt drei Monate in U-Haft. Die ursprüngliche Anklage wegen Sachbeschädigung, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Gefährdung des Flugverkehrs wird fallen gelassen und Barbara Smedema wegen Sachbeschädigung von einem niederländischen Gericht lediglich zu einigen Arbeitsstunden verurteilt.

Einen Freispruch vor einem irischen Geschworenengericht gab es am 25. Juli 2006 für die als »The Pit Stop Ploughshares« bekannt gewordenen fünf katholischen FriedensaktivistInnen. Sie waren bei Ihrer spektakulären Aktion im Morgengrauen auf den von der US-Armee genutzten militärischen Teil des Flughafens Shannon eingedrungen, und hatten zunächst die Startbahn mit einem Stemmeisen beschädigt, eh sie den Hangar aufbrachen. Dort demolierten sie ein Kriegsflugzeug der US-Navy mit einer Axt und verursachten so einen Sachschaden in Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar. Für ihre mutige Tat, die sie offen ausführten, wären sie bei einer Verurteilung für bis zu zehn Jahre ins Gefängnis gekommen.

Mit einem Freispruch der Jury endete am 22. Mai 2007 das Verfahren gegen zwei britische Antikriegsaktivisten, die als »The B52« bekannt wurden. Die Beiden hatten am 18. März in Gloucestershire einen US-Bomber vom Typ B52 auf dem Flughafen Fairford unschädlich machen.

Entscheidung einer Jury am 11. Juni 2008 freigesprochen wurden neun Irischen FriedensaktivistInnen, die am 9. August 2006 in Derry (Nordirland) das Büro des US-Rüstungskonzerns Raytheon verwüstet hatten. Ihren Freispruch widmeten die AntimilitaristInnen den libanesischen Familien Shaloub und Hasheem. Diese hatten ihrer meisten Familienmitglieder am 30. Juli 2006 während des Libanonkriegs bei einem israelischen Luftangriff mit von Raytheon produzierten »Bunker Buster Bomben« verloren.



KRIEG UND REPRESSION SIND ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

INTERVIEW MIT AXEL ÜBER
SEINE VERHAFTUNG, SOLIDARITÄT UND
DEN BEVORSTEHENDEN PROZESS



Am 25. September beginnt der Prozess gegen Florian, Olli und dich vor dem Kammergericht Berlin. Als du die Anklage der Bundesanwaltschaft gelesen hast, warst du überrascht?

Wir haben mit dieser Form der Anklage gerechnet. Es war klar, dass sie uns wegen des versuchten Brandanschlags und der Mitgliedschaft in einer »kriminellen Vereinigung« anklagen wür-

den. Schon im Knast hat das uns der Ermittlungsführer des Bundeskriminalamtes (BKA) versichert. Es ist schon überraschend, mit welcher Chuzpe das Trennungsgebot von Verfassungsschutz und BKA umgangen wurde. Dies kann man der Anklageschrift und den bislang übermittelten Akten ganz gut entnehmen. Die zweite Überraschung war, das eine nachrichtendienstliche Quelle,

spricht ein Spitzel, behauptet, wir sollen der »militanten Gruppe« angehören. Damit sollen offensichtlich die dürftigen und konstruierten Indizien gegen uns aufgewertet werden.

Ihr seid am 31. Juli letzten Jahres bei Brandenburg an der Havel festgenommen worden und einen Tag später per Hubschrauber nach Karlsruhe zum Bundesgerichtshof gebracht worden? Wie lief die Verhaftung ab?

Wir wurden von drei Autos gestoppt. Bewaffnete Männer und Frauen stiegen aus ihren Wagen und schrien: »Hände Hoch!« und »Raus aus dem Wagen!« Mit äußerster Brutalität wurde ich als Fahrer aus dem Wagen geholt. Die Seitenscheibe wurde eingeschlagen, ich wurde aus dem Wagen gezerrt und auf den Boden geschmissen. Mein Gesicht und die Hände waren voller Glassplitter. Ich blieb auf dem Boden liegen, ein Beamter kniete auf mir. Dann wurde mir die Brille entfernt und eine Schlafbrille aufgesetzt, um mich orientierungslos zu machen. Mir wurden die Hände auf den Rücken gefesselt und ich musste kniend auf den Abtransport warten. Denn anderen beiden erging es nicht besser, Florian wurde im Auto mehrmals mit einer Pistole geschlagen und dann schwer verletzt aus dem Auto gezerrt. Dann wurden wir einzeln in ankommende LKA-Fahrzeuge verfrachtet und auf das Polizeirevier Brandenburg gebracht.

Florian leidet durch die brutalen Umstände seiner Verhaftung und die Haft unter posttraumatischen Störungen?

gen? Kannst du etwas dazu und zu seinem Gesundheitszustand sagen?

Er lässt sich gerade stationär behandeln, um für den Prozess stabil zu sein. Das Ziel ist es für uns, den Prozess gemeinsam zu führen. Gleichzeitig hat ein vom Gericht bestellter Gutachter seine Prozessfähigkeit untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt noch nicht vor. Wir warten darauf.

Ihr drei wart vier Monate in Untersuchungshaft in der JVA Moabit. Wie hast du die Zeit im Gefängnis erlebt?

Erst einmal war ich überrascht über die krassen Zustände im Knast, totale Überbelegung, siffige Zellen, Schweinefraß und viele Gefangene, die kaum unterstützt werden. Trotz der Sicherheitsverfügung, der wir als sogenannte Terroristen unterlagen, waren wir privilegiert, weil wir breite Unterstützung hatten.

Die ersten Tage im Knast war ich hauptsächlich damit beschäftigt, mich erst mal im Knast zu orientieren und den Alltag zu organisieren. Und ich habe viel darüber nachgedacht, wie es meinen Mitgefangenen und Angehörigen draußen geht. Mit der Zeit habe ich dann einen Umgang mit den Zuständen in der JVA gefunden.

Besonders schwer für mich waren allerdings die Besuche meines Sohnes. Es saßen immer zwei BKA-Beamte dabei, es gab eine Trennscheibe und wir durften uns nicht anfassen. Besonders schwer war das vor allem Dingen für ihn. Neben der Unterstützung durch die Angehörigen, durch Briefe und Besuche war die politische Solidarität sehr

wichtig. Jede Aktion, jede Kundgebung, jede Form von Solidarität wirkt gegen die verordnete Isolierung, dadurch wird eine Verbindung von drinnen nach draußen gezogen. Es hilft bei dem Ganzen Subjekt zu bleiben.

Ihr ruft zur Teilnahme an den Demonstrationen gegen den Afghanistankrieg am 20. September in Berlin und Stuttgart auf. Warum?

Wir definieren uns auch als Antimilitaristen. Insofern halten wir den Afghanistankrieg für verbrecherisch. Erst jüngst haben Bundeswehrsoldaten zwei afghanische Kinder und eine Frau von hinten erschossen. Es wird wohl bald den meisten klar werden, dass die Freiheit Deutschlands nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern dass es um wirtschaftliche und politische Machtinteressen geht. Unter dem Deckmantel einer Friedensmission wird der Krieg auch gegen ZivilistInnen geführt. Es ist Teil der herrschenden Militärstrategie, nicht mehr zwischen KämpferInnen, Frauen und Kindern zu unterscheiden, um den Widerstand in Afghanistan zu brechen. Getötete Kinder werden zu Kollateralschäden umdefiniert. Ich finde schon dies allein reicht aus, um sich an den Demonstrationen und anderen Aktionen zu beteiligen.

Werdet ihr das Thema auch im Prozess zur Sprache bringen?

Natürlich.

Was erwartest du von dem Prozess?

Ich hoffe, dass der Prozess solidarisch und kritisch beobachtet und begleitet wird. Und wir wünschen uns, dass wir zusammen mit linken Gruppen und Einzelpersonen auch durch das Verfahren eine antimilitaristische Sichtweise prominenter machen können. Zu der inneren Kriegsführung gehört auch dieser Prozess. Die Repressionsorgane wollen jeglichen Widerstand gegen die Kriegsmaschinerie unterbinden. Krieg und Repression sind zwei Seiten einer Medaille.



Die Kampagnenzeitung »Ende einer Dienstreise« wird herausgegeben vom Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren.

V.i.S.d.P.:
Christian Winter
c/o Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren
Haus der Demokratie und Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4 · 10405 Berlin

Das Bündnis ist wie folgt zu erreichen:
Telefon: 030/20 16 55 21 (Anrufbeantworter)
Presseanfragen: 01577/4300652
E-Mail: einstellung@so36.net
http://einstellung.so36.net

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
10. September 2008
Aktuelle Informationen sind zu finden unter
http://einstellung.so36.net

IMPRESSUM

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN...

Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg und der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit sind nicht von gestern. Genau so wenig wie polizeiliche Repression und juristische Verfolgung. Axel, Florian und Olli müssen sich ab dem 25. September vor dem Berliner Kammergericht einem Prozess stellen, der ein Versuch der Kriminalisierung und juristischen Entsorgung von politischem Widerstand sein soll.

Axel, Florian und Olli brauchen unsere Unterstützung!

Die Solidaritätsarbeit kostet viel Geld.

Spendenkonto
Rote Hilfe e.V.
Berliner Bank
Konto: 7189590600
BLZ 100 200 00
Verwendungszweck:
Repression 31.7.2007

IBAN DE78 1002 0000 7189 5906 00
BIC BEBEDEBB

Aktuelle Informationen zum Prozess:
<http://einstellung.so36.net>

ANTIKAPITALISTISCHER BLOCK AUF DER DEMONSTRATION GEGEN DEN AFGHANISTANKRIEG

Wir rufen auf, den Prozess gegen Axel, Florian und Oliver aufmerksam zu verfolgen und aktiv solidarisch zu begleiten. Kommt zum antikapitalistischen Block auf der Antikriegsdemonstration am 20. September, 12:00 Uhr, Berlin, Brandenburger Tor! Wir fordern den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan! Solidarität mit allen kriminalisierten AntimilitaristInnen!

MOBILISIERUNGSVERANSTALTUNG ZUM PROZESS

Aktuelle Infos zum Stand des Verfahrens, zum Prozess und zur Soli-Arbeit, u.a. mit den Angeklagten.
23. September 2008, Berlin, 19:00 Uhr, Clash, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a (U Mehringdamm)

KUNDGEBUNG ZUM PROZESSBEGINN

25. September 2008, Berlin, 8:00 Uhr, Kriminalgericht Moabit, Turmstraße 91 (U Turmstraße, S Bellevue). Der Prozess beginnt um 9:00 Uhr im Saal 700.

ANTIMILITARISTISCHER STADTRUNDGANG

Wir laden euch ein, mit uns zu Orten des militaristischen Berlins zu gehen. Wir werden exemplarisch über Firmen, Lobbyverbände und Dienstleistungsunternehmen, die sich am Geschäft mit dem Krieg beteiligen, aber auch über Orte des antimilitaristischen Widerstands informieren. Dauer: ca. 90 Minuten. Die Teilnahme am Stadtspaziergang kostet nichts.
5. Oktober und 2. November 2008.
Treffpunkt: Berlin, 14:00 Uhr am Eingangstor der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6.
Weitere Informationen:
<http://antimilitaristisch-unterwegs.so36.net>

ANGEHÖRIGENCAFÉ

für Angehörige und Freunde von Gefangenen Wann? An jedem 1. Sonntag im Monat.
Zum ersten Mal am 5. Oktober 2008, Berlin Wo? Lunte, Weisestr. 53 (U Boddinstraße)
Wann? 16:00-18:00 Uhr
Infos: angehoerigencafe.blogspot.de
E-Mail: angehoerigencafe@riseup.net

VERANSTALTUNGSREIHE

»TRAUMATISIERUNG UND WIDERSTAND«

Auftaktveranstaltung: Trauma – zwischen Widerstand und Ohnmacht, Berlin, 21. September 2008, 19:00 Uhr, Kato (U Schlesisches Tor)
Leben unter dauerhafter Bedrohung, 23. November 2008, 19:00 Uhr, Statthaus Böcklerpark (U Prinzenstr.)
Traumatisierung zur Waffe machen?, 25. Januar 2009, 19:00 Uhr, Statthaus Böcklerpark, (U Prinzenstr.)
Traumatisierung und Knast, 23. März 2009, 19:00 Uhr, Statthaus Böcklerpark, (U Prinzenstr.)
Der gläserne Mensch – Traumatisierung und ständige Beobachtung, 24. Mai 2009, 19:00 Uhr, Statthaus Böcklerpark, (U Prinzenstr.)
Mehr Infos unter: www.outofaction.net

DER LANGE TAG DES ANTIMILITARISMUS

Zwölf Kurz-Veranstaltungen, Lesungen, Filme, Workshops, Ausstellungen rund um die Themen:
»Neue Kriege«, »humanitäre Interventionen«, antimilitaristischer Widerstand und zu der Frage: »Woher kommt die Verunsicherung der heutigen Linken mit der Parole: »Nie wieder Krieg.«
Berlin, 26. Oktober 2008 von 12:00 bis 20:00 Uhr.
Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, (U Mehringdamm)

TERMINE <http://einstellung.so36.net>